

Oberbürgermeister Werner Spec

Stadt Ludwigsburg

**Haushaltsrede anlässlich der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2011 ff
am 27. Oktober 2010**

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr verehrte Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für die Jahre 2011 bis 2014 tauchen wir ein in das 2. Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in unserer Stadt.

Im jetzt ablaufenden 1. Jahrzehnt haben wir uns beim Schlossjubiläum 2004 und beim Stadtjubiläum 2009 mit der Geschichte unserer Stadt befasst, mit unserer Herkunft, mit der besonderen Prägung Ludwigsburgs. Gleichzeitig haben wir uns seit dem Jahr 2004 mit den heutigen Stärken und Schwächen und mit den Herausforderungen und Chancen der Zukunft beschäftigt.

Chancen für Ludwigsburg: So lautet die Überschrift unserer nachhaltigen Entwicklungsstrategie, gemeinsam erarbeitet zwischen Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft.

Chancen für Ludwigsburg, das war in den zurückliegenden 6 Jahren ein Prozess, der uns allen ein außergewöhnliches Maß an Zeit und Kraft abgerungen hat. Kein wesentliches Feld kommunaler Aufgabenerfüllung haben wir ausgelassen, kein Stadtteil bleibt außen vor, weil wir das Stadtentwicklungskonzept schon auf einige Stadtteile individuell zugeschnitten haben und umsetzen, oder weil diese Schritte noch in einem überschaubaren Zeitraum folgen werden.

Seit dem Jahr 2007 wurden mit der Leipzig-Charta nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte unter Einbeziehung der Bürgerschaft zu einer Zielorientierung für Städte und Gemeinden in ganz Europa. Auf nationaler und europäischer Ebene gehören wir aufgrund unserer Erfahrungen und Umsetzungen zu den Vorreiterstädten.

Unser Ludwigsburger Ansatz stößt deshalb auf große Beachtung, weil wir in dieser Zeit einerseits die umwelt- und klimarelevanten Herausforderungen offensiv angegangen sind, gleichzeitig aber auch die ökonomischen und sozialen Themen, wie Bildung, Betreuung und Integration mit umfassenden Ansätzen konzipiert und zur Umsetzung gebracht haben.

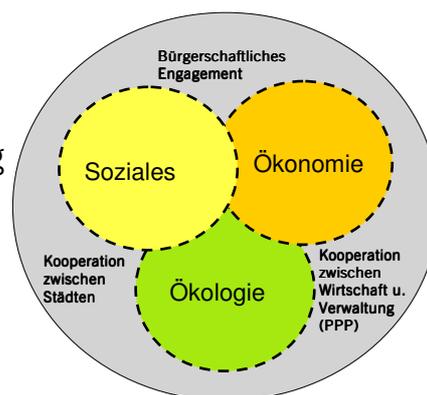


Nachhaltige Stadtentwicklung

bedeutet

Dreiklang

- wirtschaftliche Entwicklung
- sozialer Ausgleich
- gesunde Umwelt



Im ökonomischen Bereich konnten wir die Stadt als Kreativstandort national und international weiter positionieren, auf den neuen Innovationsgebieten von Energie, E-Mobilität, Umwelttechnologien und Ökodesign ein tragfähiges Fundament für weitere Entwicklungen aufbauen.

Unter der Moderation des Nachhaltigkeitsrats der Bundesregierung haben wir maßgeblich an Eckpunkten für die nachhaltige Entwicklung von Städten und Gemeinden in Deutschland mitgearbeitet.

Das Erfordernis **generationengerechter Kommunalhaushalte** und der Beseitigung der strukturellen Schieflage der Gemeindefinanzen durch unvollständig finanzierte Gesetzesvorgaben wurde ebenso aufgenommen wie die Forderung nach einer stärker partnerschaftlichen Verzahnung der verschiedenen Politikebenen von der kommunalen bis zur EU-Ebene.

Beachtung hat aber auch die Methodik **bürgerschaftlicher Beteiligung** gefunden, bei der es um repräsentative Mitwirkung ebenso ging, wie um die wieder stärkere Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch die Bürgerschaft.

Mit den Auseinandersetzungen um Stuttgart 21, einem Vorhaben des Schienenverkehrs und der Umwelt, also nicht der klassischen Konflikte um Atommüll oder Waffensysteme, aber auch angesichts der Widerstände um Pumpspeicherkraftwerke, wie jetzt im Schwarzwald, die für den Ausbau regenerativer Energien unverzichtbar sind, ist die Frage gesellschaftlicher Akzeptanz und Mitverantwortung für wichtige Zukunftsaufgaben bundesweit zu einem zentralen Thema geworden.

Wenn wir Deutschen und Europäer weltweit weiterhin für unser Demokratiemodell werben wollen, werden wir unter Beweis stellen müssen, dass Entscheidungen bei uns nicht nur gründlich vorbereitet, intensiv bürgerschaftlich begleitet, von gewählten Mandatsträgern sorgfältig beraten und mehrheitlich beschlossen und bei Zweifeln von einer unabhängigen Gerichtsbarkeit nachgeprüft werden, sondern dass diese schlussendlich auch zielstrebig umgesetzt werden können. Wenn uns das künftig nicht mehr gelingt, wird es uns schwer fallen zu vermitteln, weshalb die westliche Demokratie anderen Systemen (ich blicke beispielsweise auf China) vorzuziehen ist. Denn auch für eine Demokratie bedeutet Stillstand Rückschritt, auch in einer Demokratie müssen die Zukunftswegmarken immer wieder neu gestellt werden, auch wenn nicht immer hundert Prozent der Bürgerinnen und Bürger derselben Meinung sind. Investitionen in Bildung und Betreuung, Integration und sozialen Ausgleich, Kultur und Sport kosten Geld und müssen von Unternehmen und Beschäftigten in einem harten globalen Wettbewerb jedes Jahr neu verdient werden können. Und dafür ist die notwendige Infrastruktur erforderlich.

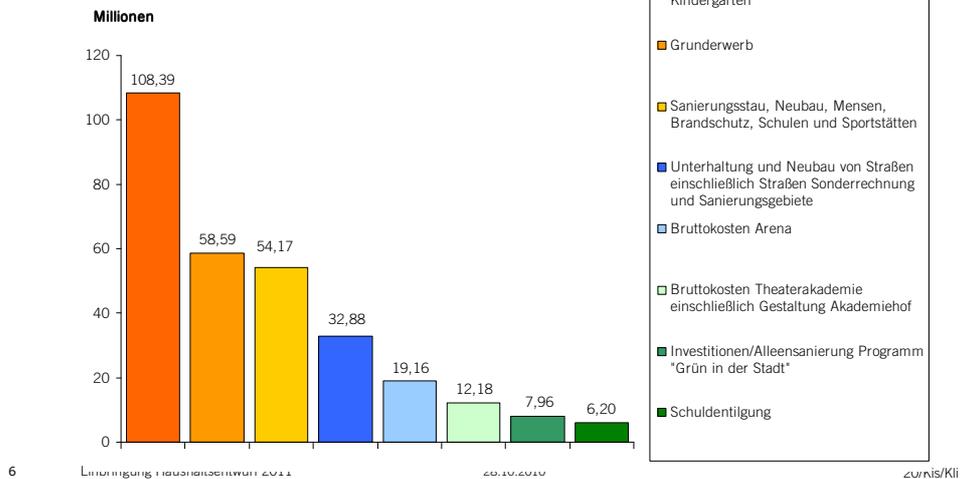
Unsere Ludwigsburger Erfahrungen haben in vielen Fällen gezeigt, dass es sehr wohl gelingen kann, die Bevölkerung mitzunehmen, ihre Ideen und Kompetenz in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, ja sogar die Bereitschaft zu noch mehr bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Aus der Durchführung der Zukunftskonferenzen mit externer Unterstützung hat unsere Verwaltung zunehmend eigene Methodenkompetenz aufbauen können, so dass wir heute in der Lage sind, unterschiedlichste Formen der Bürgerbeteiligung mit eigenen Mitarbeitern zu organisieren. Natürlich ist dies auch ein permanenter Lernprozess. Aus den Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung bei den ersten Stadtteilentwicklungsplänen

wird deutlich, dass wir diese Beteiligungsprozesse künftig noch straffer und effizienter gestalten müssen. Wir wollen auch in der Zukunft die Fähigkeit bewahren, jeden Tag neu hinzuzulernen. Die konstruktive Begleitung des Gemeinderats war uns dafür immer wieder hilfreich und wir freuen uns auch künftig auf ihre engagierte Unterstützung.

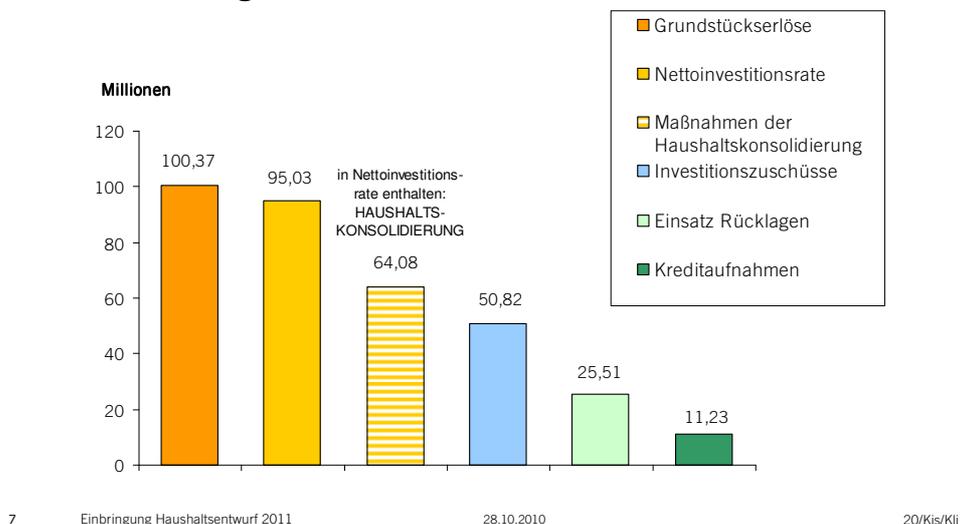
Was uns bislang von vielen anderen Städten der nachhaltigen Stadtentwicklung unterscheidet, ist die integrale Verzahnung mit der kurz- und mittelfristigen Haushaltsplanung. Natürlich führt die Verzahnung zwischen strategischer Entwicklungs- und der Haushaltsplanung nicht per se zu einer Geldvermehrung. Dennoch haben wir uns unter dem Postulat generationengerechter Haushalte ambitionierte Ziele für die Budgetüberschüsse des Verwaltungshaushalts gesetzt, die deutlich über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehen, nämlich mindestens 8-10 Mio. Euro pro Jahr, mittelfristig werden wir dieses Ziel möglichst auf eine Größe von 15 Mio. Euro pro Jahr ausbauen. Aus diesem Grund haben wir auch in den ertragreichen Jahren 2007-2009 die Konsolidierungsziele nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar noch weiter ausgebaut. Dies hat in den letzten Jahren entscheidende Beiträge dafür geleistet, dass wir bis Ende 2010 noch ohne Neuverschuldung ausgekommen sind, wenngleich wir aufgrund der historischen Diskussionen der Steuerausfälle auf einen Teil unserer Rücklagen zurückgreifen müssen.

Auf den beiliegenden Schaubildern sehen Sie wichtige Ausgabenblöcke im zurückliegenden Zeitraum 2003 bis 2010, sowie wesentliche Finanzierungsanteile unserer Haushalte im Vergleichszeitraum.

Investitionen und Ausgaben für ausgewählte Bereiche 2003 - 2010:



Finanzierungsanteile 2003 bis 2010:



Zum mit Abstand größten Teil unserer Ausgaben gehören mit 108 Mio. Euro die laufenden Ausgaben und Investitionen in Kindertagesstätten und der Ausbau der U-3-Angebote. Wir sind uns sicher einig, dass dies wichtige Zukunftsinvestitionen für unsere Kinder und Jugendlichen sind.

Nachdem die laufenden Kosten für Kindertagesstätten und U-3-Angebote sich aber allmählich der 20 Mio. Euro-Marke pro Jahr nähern, wird beispielhaft die strukturelle Unterfinanzierung dieses Schlüsselbereichs deutlich. Bund und Länder drängen einerseits zu Recht auf einen massiven Ausbau der Bildungsanstrengungen, lassen aber Städte und Gemeinden in Deutschland bei der Finanzierung langsam am ausgestreckten Arm verhungern. Dies wird nicht mehr lange gut gehen. Ich glaube kaum, dass die Bevölkerung noch lange Verständnis für die zunehmend erkennbare Not der Kommunalfinanzen hat.

Der Hinweis auf eigene klamme Länder- und Bundesfinanzen hilft dabei nicht weiter. Wer Leistungen von den Kommunen bestellt, muss auch geeignete Wege finden, dies am Ende zu bezahlen.

Bei der Erstellung des Haushaltsentwurfs ging es zunächst darum, für den Zeitraum 2011 bis 2014 ein Finanzierungsdelta in einer Größenordnung von 27 Mio. Euro zu schließen. Auch wenn wir bei der zurückliegenden Klausurtagungen wie geplant keine Beschlüsse gefasst haben, so haben Sie uns dennoch in grundlegenden gemeinsamen Beratungen wichtige Überlegungen mit auf den Weg gegeben, welche der von uns dargestellten Möglichkeiten Sie für besonders geeignet halten.

So haben wir mit dem vorliegenden Entwurf durch die Streckung von Investitionen, die mittelfristige Verbesserung der Einnahmen, durch weitergehende Sparmaßnahmen, sowie ergänzend mit einer Darlehensaufnahme von 4 Mio. Euro im Jahr 2011 im gesamten Finanzierungsanteil bis 2014 mit weiteren 4 Mio. Euro diesen Finanzierungssaldo abgedeckt. Dabei haben wir die mehrfach geäußerte Überlegung aufgegriffen, das in den Trägerdarlehen an städtische Töchter befindliche Eigenkapital

verzinslich stehen zu lassen und im Gegenzug das derzeit günstige Zinsniveau für ein noch vertretbares Maß an Kreditaufnahmen zu nutzen.

Mit dem nun vorliegenden Haushaltsentwurf wollen wir trotz eines schwierigen Spagats die Grundlage dafür schaffen, dass wir die gemeinsam von Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft erarbeiteten Ziele und Maßnahmen weiter schrittweise sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilen umsetzen können.

Welche Maßnahmen der zu beratende Haushaltsentwurf für den Zeitraum 2011 bis 2014 im Detail beinhaltet, darauf wird unser Stadtkämmerer, Herr Kiedaisch, in seinen Erläuterungen eingehen.

Ich danke Ihnen, Herr Kiedaisch, sowie der gesamten Verwaltung einschließlich unserem Ersten Bürgermeister Seigfried und unserem Baubürgermeister Schmid für die viele Arbeit und das erkennbare Herzblut bei den Vorbereitungen.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderats, für die Zeit und Kraft, die sie vor und während der Haushaltsklausur bereits investiert haben.

Und wir freuen uns, das darf ich für die gesamte Verwaltung sagen, auf die gemeinsamen Beratungen mit Ihnen. Selbstverständlich werden wir auch die Bürgerschaft über die gesetzlichen Einsichtsrechte hinaus mit einer öffentlichen Veranstaltung am Freitag, den 29. Oktober, 19 Uhr, im Kulturzentrum beteiligen. Wer von Ihnen Interesse hat, ist ebenfalls herzlich eingeladen.